

8. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

8. November 1950.

171/J

Anfrage

der Abg. Dr. Tončić, Horn, Geisslinger, Weikhart,
Dipl. Ing. Hartmann, Czernetz, Dr. Schöpf, Skritek
und Genossen

an den Bundesminister für Inneres,
betreffend Enthebung von Polizeiorganen.

Im Zuge der von Kommunisten hervorgerufenen Störungen der öffentlichen Ordnung in den ersten Oktobertagen haben verschiedene Polizeileiter in Wien, vornehmlich in den Bezirken der sowjetrussischen Zone, den Aufträgen ihrer vorgesetzten österreichischen Organe keine Folge geleistet. Die betroffene Bevölkerung hat mit Empörung festgestellt, dass die aus österreichischen Steuergeldern bezahlten Polizeiorgane die kommunistischen Unruhestifter nicht nur nicht bekämpft, sondern sogar gefördert haben. Ein energisches Einschreiten der zuständigen Polizeiorgane hätte Strassen- und Verkehrssperren in der Sowjetzone, wie sie vielfach von Halbwüchsigen errichtet wurden, entweder überhaupt verhindert oder zumindestens binnen kurzer Zeit beseitigt.

Die österreichische Bevölkerung hat es daher - mit Ausnahme einer nicht österreichischen Minderheit - begrüsst, dass das Innenministerium wegen der Vorfälle eine Disziplinaruntersuchung gegen die Schuldtragenden eingeleitet hat. Diese Untersuchungen sind durch das Einschreiten einer Besatzungsmacht gefährdet, wenn nicht gar gehemmt worden.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Inneres die

Anfrage:

Ist der Herr Bundesminister für Inneres bereit, dem Hohen Haus so rasch als möglich einen Bericht über die von ihm gegen ungehorsame Polizeiorgane getroffenen Massnahmen sowie über die Stellungnahme der sowjetischen Besatzungsmacht in dieser Frage zu geben?